Finanziert durch das Programm Erasmus+ der Europäischen Union

Europa-Gespräche
Institut für Geschichte,
Stiftung Universität Hildesheim

Professor Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Atomtechnik, strategische Rüstung und internationale Sicherheit in der Geschichte der europäischen Integration 1950 – 1966
27.11.2017

Zum Referenten
Thomas Stamm-Kuhlmann (geboren 1953 in Solingen) besuchte das Gymnasium in Düsseldorf, studierte zunächst Biologie an der Heinrich-Heine Universität ebendort, brach dieses Studium jedoch ab und begann mit seinem Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik und alten Geschichte an der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. An der selben Universität promovierte Stamm-Kuhlmann zum Thema „Zwischen Staat und Selbstverwaltung: Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965". Seine Habilitation erhielt er an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel für das Fach „Mittlere und Neuere Geschichte". Das Thema lautete: „König in Preußens großer Zeit: Friedrich Wilhelm III. Der Melancholiker auf dem Thron." 1990 sowie 1992 bis 1995 vertrat er Lehrstühle in Bielefeld und an der Ludwigs-Maximilian-Universität München. Am 1. Mai 1997 wurde Herr Stamm-Kuhlmann zum Professor für allgemeine Geschichte der neusten Zeit an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald berufen.

Vortrag
Zuerst äußert sich der Referent zur Entstehung seines Vortragsthemas. Er erklärt, dass er sich für Forschungspolitik interessiere und dass es für ihn eine persönliche Angelegenheit sei, sich für die europäische Integration einzusetzen. Dadurch fügen sich Wissenschaftsentwicklung, Integrationspolitik und strategische Fragen zusammen. Diese drei Punkte bilden einen Komplex, der unter verschieden Perspektiven erforscht werden kann. Die Zeitspanne von 1950 bis 1966 wurde ausgewählt, da die Integration Europas 1950 begann und 1966 eine Zäsur erfuhr, denn in diesem Jahr trat Frankreich unter Charles de Gaulle aus der NATO aus und Ludwig Erhard wurde gestürzt. Jedoch sind die Fragestellungen, die in diesen sechzehn Jahren besprochen wurden, bis heute aktuell. Die Gegenwart ist der Anlass, um sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen.

<u>Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft</u>
Bei der Gründung der Europäischen Union standen Sicherheitsfragen im Vordergrund, weil die Sowjetunion als militärische Bedrohung wahrgenommen wurde. Die USA haben damals ebenfalls Einfluss auf diesen Prozess genommen, indem sie die militärische Unterstützung West-Europas nur unter der Bedingung garantierten, dass die westeuropäischen Staaten zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen. Für die USA spielten dabei innenpolitische Motive eine Rolle: Die Bevölkerung war kriegsmüde und um eine demokratische Legitimation für die Mitgliedschaft in der NATO zu erhalten, musste man Überzeugungsarbeit leisten und der Bevölkerung beweisen, dass West-Europa eine erhebliche Eigenleistung beiträgt.

Zu diesem Zweck sollten sich Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten verbünden. 1948 wurde deswegen der Brüsseler Pakt (BTO) geschlossen und 1949 wurde die NATO gegründet. Daraufhin stellten sich folgende Fragen: Wie geht es mit

Volkshochschule Hildesheim
Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-Pattensen

Europa weiter? Was wird aus den drei Westzonen in Deutschland und der neu gegründeten Bundesrepublik? Welche Rolle soll der Sicherheitsdesign Westeuropas spielen?

Die erste Idee, welche diskutiert wurde, war eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und wurde von der französischen Regierung vorgeschlagen. Die Sechsergemeinschaft (bestehend aus West-Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien) sollte eine integrierte Armee gründen. Die Diskussionen scheiterten letztlich. Die französische Regierung war mit der Tatsache, dass Deutschland und Frankreich als Verbündete sich auf Augenhöhe befinden würden, obwohl Frankreich zu dem Zeitpunkt noch Besatzungsmacht war, nicht einverstanden.

Das Besatzungsstatut sah vor, dass Deutschland kein eigenes Militär gründen durfte, von den Besatzungsmächten kontrolliert wurde und keine Atomforschung betreiben durfte; deutsche Atomforscher wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten gefangen genommen. Damals war die Atemtechnik notwendig für einen Staat, um einen Großmachtstatus zu erhalten. Man benötigte zivile Atomtechnik zur Energiegewinnung und militärische Atomtechnik, um Atomwaffen bauen zu können. An diesem Zustand sollte sich nichts ändern, weswegen 1954 die französische Regierung sich weigerte, den EVG-Vertrag zu ratifizieren. Konrad Adenauer jedoch verfolgte die Strategie, dass Deutschland im Tausch für einen Wehrbeitrag seine Souveränität erhalten würde. Bei einem Beitritt in die EVG sollte das Besatzungsregime in Deutschland tatsächlich aufgelöst werden und die Souveränitätserklärung folgen. Dadurch wäre es jedoch nicht möglich gewesen, in Deutschland zu kontrollieren, ob Atomforschung ausgeübt wurde oder nicht. Da Deutschland mehrere Physiker aufwies, die Erfahrung in der Atomforschung hatten, bestand die Gefahr, dass diese auch betrieben wurde, wenn es die Souveränität erhielt. Frankreich beharrte jedoch darauf, dass kontrolliert werden sollte, ob Deutschland Atomtechnik benutze, denn dies sollte trotz seiner Mitgliedschaft in der EVG untersagt bleiben.

Im Jahr 1952 – auf einer Konferenz der drei Westmächte – musste Konrad Adenauer anerkennen, dass Deutschland eine strategisch exponierte Zone ist, in der die EVG keine Forschung an ABC-Waffen betreiben darf und auch die Bundesregierung sollte ebenfalls jede Forschung an solchen Waffen unterbinden.

Nach dem Scheitern der EVG blieb lediglich die Idee einer Supranation erhalten. Das Ausmaß an Integration, dass durch die Gründung der EVG entstanden wäre, wurde nie wieder erreicht.

<u>Euratom und EWG</u>

Die supranationale Idee blieb in Form von Euratom und der EWG erhalten. Die europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) geht zurück auf den Politiker Jean Monnet. Als Vorbild diente ihm die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl). Nach dieser Gemeinschaft sollte es auch im Bereich der Atomtechnik eine europäische Zusammenarbeit geben, die ebenfalls durch eine supranationale Organisation kontrolliert wurde, damit es nicht zu einem Missbrauch kommen konnte. Ein weiteres Vorbild war das US-amerikanische Gesetz, demzufolge alle Kernbrennstoffe Eigentum der Regierung sind und an die Unternehmen ausgeliehen werden. Dies ermöglichte eine Kontrolle der Nutzung der Kernbrennstoffe. Allerdings sollte EURATOM nicht nur für die Entwicklung der zivilen Atomtechnik, sondern auch für militärische Zwecke eingesetzt werden.

Franz Josef Strauß – damals Bundesminister für Atomfragen – sprach sich jedoch gegen ein Kernbrennstoffmonopol in Form von EURATOM aus, da man keine Kontrollen durch fremde Mächte haben wollte. Strauß war stattdessen für ein bilaterales Abkommen mit den USA, um Uran zu erhalten und eigene Reaktoren bauen zu können.

Jean Monnet gründete daraufhin ein Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa. Im Jahre 1956 wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß, dass eine europäische Atomkommission notwendig sei. Sein Ziel war es, damit zu verhindern, dass die Sechsergemeinschaft Atomwaffen entwickeln würde. Diese Kommission wurde jedoch von Deutschland und Frankreich abgelehnt, da beide Staaten die Atomtechnik auch für militärische Zwecke nutzen wollten.

Die Römischen Verträge, die zur Gründung von EURATOM führten, wurden letztlich unterschrieben. Somit wurde die Atomforschung in der Sechsergemeinschaft nun

durch diese Organisation kontrolliert und darüber hinaus tauschte man sich über neue Erkenntnisse aus. Stamm-Kuhlmann bezeichnet die EURATOM als „lahme Ente".

Kernspaltung im Dual-Use

Der Referent stellt nun die Frage, wie es zum sogenannten Dual-Use der Kernspaltung kam. Mit Dual-Use sind die zivile und die militärische Nutzung gemeint. Stamm-Kuhlmann zufolge, soll die zivile Nutzung der Atomtechnik zur Energiegewinnung vor allem deswegen verbreitet worden sein, um die Bevölkerung - die durch die Atombomben mehrheitlich die Nutzung der Atomtechnik ablehnte - davon zu überzeugen, dass man auf Atomtechnik nicht verzichten könnte.

Präsident Eisenhower lies zu diesem Zweck ein Programm anlaufen: Atoms for Peace (Atome für den Frieden). Im Zuge dieses Programms, wurde mehreren Ländern die Weitergabe des Atomgeheimnisses erlaubt. Unter der Voraussetzung, dass sich die Empfängerländer zu einer ausschließlich friedlichen Nutzung verpflichten, durfte diese Weitergabe stattfinden. Als Kontrollinstanz dieser friedlichen Nutzung dienten die USA. Aus diesem Grunde wurde 1955, nach der Atomkonferenz in Genf, die Internationale Atomenergie-Organisation gegründet, die bis heute existiert.

Atommacht Großbritannien

Großbritannien und die USA haben während des zweiten Weltkrieges eine Partnerschaft aufgebaut, um zusammen an einer Atombombe zu arbeiten. Diese Zusammenarbeit führte dazu, dass das Gesetz, welches für die USA ein staatliches Monopol für Kernkraftstoffe festsetzte, nicht für Großbritannien galt. Daher begann Großbritannien daraufhin mit eigener Atomforschung und baute heimlich seine eigenen Reaktoren. Die Atombomben, die von Großbritannien gebaut wurden, wurden als Reaktoren getarnt, um kein Aufsehen zu erregen.

Frankreich wird Atommacht

Frankreich hatte ebenfalls mehrere Atomphysiker, die in der Lage waren, Atomforschung zu betreiben. Aufgrund der Tatsache, dass die kommunistische Partei in Frankreich so stark war, wollten die USA verhindern, dass Frankreich Atombomben baut. Es gab darüber hinaus einen weiteren Grund, warum man dem Bestreben Frankreichs gegenüber skeptisch war: die politische Instabilität des Landes zu dieser Zeit, denn jedes Kabinett in Frankreich hatte damals nur eine Lebensdauer von wenigen Monaten.

Deutschlands Griff nach Atomwaffen

Die Bedrohung durch die DDR bewegte die Besatzungsmächte der Westzonen dazu, der Bundesrepublik, entgegen des Besatzungsstatuts, doch das Recht für ein eigenes Militär zuzugestehen. Falls konventionelle Waffen nicht reichen sollten, um die Sicherheit Deutschlands zu garantieren, könnten sogar Atombomben gebaut werden. Hierfür wurden US-amerikanische Atombomben in der Bundesrepublik stationiert. Nun stellte sich die Frage, wer darüber entscheiden durfte, wann diese Waffen zum Einsatz kamen. Die Entscheidung könnte bei den USA liegen, bei der Bundesrepublik oder bei beiden gemeinsam. Dies wäre das sogenannte Zwei-Schlüssel-Prinzip.

Um unabhängig von den USA zu sein, wurden Pläne für eigene Atombomben kreiert. Hierfür gab es zwei Pläne: entweder importiert man angereichertes Uran aus den USA oder man nutzt eigene Reserven an natürlichem Uran. Diese Option fiel jedoch weg, weil weder die USA, noch Frankreich oder Großbritannien wollten, dass Deutschland über eigene Atombomben verfügt.

Großbritannien schlug nach dem Scheitern der EVG vor, Deutschland unvermittelt in der NATO aufzunehmen, um den Einfluss auf die Bundesregierung zu erhöhen. Außerdem sollte Deutschland erneut eine Verzichtserklärung abgeben, wie es schon 1952 der Fall war.

Der kurze Traum von der deutsch-französischen Atomstreitmacht

Da Frankreich zwar das Knowhow und das Recht dazu besaß, eigene Atombomben zu produzieren, ihnen aber die finanziellen Möglichkeiten fehlten, gab es den Plan mit der

Bundesrepublik zusammenzuarbeiten. Nach der Wiederwahl von Charles De Gaulle, wurde dieser Plan jedoch verworfen und Frankreich produzierte eigenständig Atombomben, mit der Begründung, dass Europa in der Lage sein muss, sich eigenständig zu verteidigen, sobald sich die USA daraus zurückziehen würden.

Die Idee der NATO als „vierter Atommacht"
Am 4. Oktober 1957 vermittelte Sputnik (der erste sowjetische Satellit, der die Erdumlaufbahn erreichte) zwei Botschaften: 1. die Sowjetunion ist technisch leistungsfähig, 2. die genutzte Rakete war eine interkontinentale Rakete (mit einer Reichweite von über 10.000km). Die Angst, die Sowjetunion sei nun in der Lage die USA mit Atomwaffen anzugreifen, wuchs durch diese neuen Erkenntnisse. Dadurch kamen bei der Sechsergemeinschaft Zweifel daran auf, ob die USA wirklich bereit wären, Europa im Falle eines Angriffes noch zu verteidigen, da sie mit einem Gegenschlag auf amerikanischen Boden rechnen müssten. Daher offenbarten die USA nun die Pläne, auch europäischen Staaten die Erlaubnis zu geben, Atomwaffen zu nutzen, damit diese sich im Ernstfall eigenständig verteidigen könnten. Hierfür wurde eine Gipfelkonferenz im Dezember 1957 in Paris abgehalten. Der Vorschlag für die europäischen Mitgliedsstaaten lautete, dass die NATO Atomwaffen erhält, die dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa unterstellt wären.

Deutschland wurde angeboten, sich am Bau der Atomwaffen zu beteiligen. Dies barg die Chance, Erfahrungen im Bau von Atomwaffen zu sammeln, ohne gegen den Verzicht von 1954 zu verstoßen. Gleichzeitig war das Angebot auch für Frankreich von Vorteil, da diese auch noch nicht in der Lage waren, eigene Atomwaffen zu produzieren.

Auszüge aus der Diskussion

Frage: Nach meiner Information musste Konrad Adenauer bis 1955 jede Woche beim amerikanischen Kommissar vorlegen, was die Bundesrepublik so alles vorhat und was atomtechnisch gelaufen ist. Wie kann in dieser Zeit ein Ansatz an die souveräne Atompolitik überhaupt möglich gewesen sein?
Stamm-Kuhlmann: In den Quellen finde ich nichts darüber, dass Adenauer monatlich Bericht erstatten musste. Ich halte das für eine Geschichtslegende, die immer wieder mal kursiert. Er hat immer darauf geachtet, von der Haltung her nicht als Befehlsempfänger aufzutreten ist.

Frage: Waren die deutschen Bestrebungen in den 1950er und 60er Jahren – unter der Berücksichtigung der damaligen politischen Situation – sachlich gerechtfertigt oder nicht?
Stamm-Kuhlmann: War das sachgerecht, was da geplant wurde? Das ist eine Wertentscheidung. Ich könnte sagen, das ist der helle Wahnsinn; man ist auch in der Tat verblüfft. Man weiß auch inzwischen so viel über die Pläne des Warschauer Paktes, dass in der Tat die Annahme bestand, wir haben einen strahlensicheren Panzer, da machen wir die Luken dicht, dann fahren wir da zwanzig Stunden durch die Landschaft und dann ist es schon wieder gut, wir machen die Luken auf und haben das Land besetzt. Es gibt die verrückten Geschichten über die ersten Atomphysiker und Chemiker, wie z.B. Otto Hahn, der dem Kaiser 1912 eine Radiumprobe vorgeführt hat. Das leuchtet dann so ein bisschen vor sich hin. Die hat er in der Hosentasche gehabt. Die Leute hatten überhaupt keine Angst.

Frage: Gab es auch Überlegungen zu den atomaren Waffen, Planspiele von Seiten des Militärs, und welche Auswirkungen es hat, wenn taktische oder andere Atomwaffen im Gefechtsgelände der Bundesrepublik bzw. der DDR eingesetzt werden? Ich will auf die Verstrahlung hinaus. Oder war man so blauäugig, dass man meinte, man hat dann hier einige Atomgranaten, die man abfeuert und der Feind wird an der Elbe oder der Oder gestoppt?
Stamm-Kuhlmann: Es in der Tat diese Planspiele. Ein berühmtes war Fallex, die Herbstübung von 1962, über die im Spiegel berichtet wurde. Genau deshalb wurde

Strauß gestürzt, denn es war die mangelhafte Vorbereitung auf diese Lage, die bloßgestellt wurde: dass es keine Krankenhäuser gab, keine Ärzte, dass man die Zivilisten nicht hätte versorgen können. Ich kann mich erinnern, dass Anfang der 1960er die Zivilschutzkampagne anfing und unsere Eltern aufgefordert wurden, sich Konservendosen in den Keller zu legen und sich einen Sandfilter fürs Kellerfenster zu machen. Dann gibt es die guten Lehrfilme, die ja jetzt nur noch aus Jux gezeigt werden. Das gab es in der DDR ebenfalls. Je mehr wir uns an die Gegenwart heranbewegen, desto mehr sagt man, dass man gar nicht alles machen kann.

Beitrag Zuhörer: Ich würde gerne etwas dazu beitragen: Ich bin Reserveoffizier und war 1964 auf der Offiziersschule. Es war damals so, dass jedes Planspiel mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen endete. Es ging eigentlich nur darum, wer zuerst die Atomwaffen einsetzte. Ich erinnere mich, dass ich meine Prüfung in Taktik dadurch bestand, dass ich drei taktische Atombomben am Elbe-Trave-Kanal platziert habe, um die Eroberung Schleswig-Holsteins zu verhindern. Dann hörten die taktischen Spiele auf. Sobald die Atombomben eingesetzt waren, hörten wir auf. Man ging ganz selbstverständlich davon aus, dass die Atomwaffen freigegeben werden würden.

Frage: Gab es in der Generalität Deutschlands, Frankreichs, der Benelux-Staaten und der Sowjetunion Widerstand gegen die Atomwaffenprogramme? Und wie groß war dieser Widerstand?
Stamm-Kuhlmann: Es gibt immer Generäle, die eine andere Meinung hatten, aber die wurden nicht befördert. Das hat sich dann auch nicht in den Quellen niedergeschlagen.

Beitrag Zuhörer: Ich habe 1966 an solchen Planspielen teilgenommen. Es begann nach meiner Erinnerung damals schon eine heftige Diskussion über die Frage, ob Kernwaffen nicht lediglich politische Waffen sind und ein taktischer militärischer Einsatz, zwar denk- und planbar ist, aber zunehmend unwahrscheinlicher.
Stamm-Kuhlmann: Die 1960er Jahre waren die Zeit in der McNamara die sogenannte Flexible Response durchsetzen wollte und sagte: „wir müssen die Schwelle zumindest anheben, aber das können wir nur, wenn man die konventionellen Waffen verstärkt." Das hat auch mit der Haushalts- und Budget-Mentalität in den USA zu tun. Eisenhower sagte: „Wir sind die republikanische Partei, wir wollen gerne einen ausgeglichenen Haushalt haben, wir sind sparsam." Und da sind Atomwaffen einfach billiger, die helfen Kanonen und Soldaten zu sparen. Das war in der Tat das Kalkül. Und davon kommt man in den 60er Jahren weg, weil man Überlegungen anstellt, welche Opfer das in der Zivilbevölkerung und auch unter Soldaten fordern würde. Es gibt die Beobachtung, dass man als Soldat höhere Überlebenschancen hat als ein Zivilist, weil man organisiert ist und es gibt noch Leute, die einen abwaschen, wenn man verseucht ist. Dann kommt die Einsicht: also müssen wir die Truppenstärken vermehren. Die Amerikaner erhöhen ihr Inventar auch im konventionellen Bereich. Und dann kommt wieder die Forderung, die Bundesrepublik muss fünfhunderttausend Mann haben.

Vorher gab es dieses Eskalationskonzept gar nicht. Das hat McNamara eingeführt und wie wir wissen in Vietnam mit wenig Erfolg ausprobiert. McNamara war ein Intellektueller, der immer alles durchdachte, aber das hatte vielleicht mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun. Für das Ende der 1960er Jahre ist festzuhalten, dass man sagt: Wir müssen den Moment hinausschieben, wo der Einsatz von taktischen Atomwaffen nötig wird.